

Rede von Romani Rose am 27. Januar 2014 in Stockholm

Eure königlichen Hoheiten,
Herr Reichstagspräsident,
sehr verehrte Frau Ministerin
Exzellenzen,
sehr geehrter Herr Franck
sehr verehrte Damen und Herren,

vor 69 Jahren, am 27. Januar 1945, wurden die letzten Überlebenden des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau von der sowjetischen Armee befreit.

Wir gedenken heute aller Menschen, die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur wurden: weil sie Sinti, Roma oder Juden waren, weil sie behindert oder krank waren, weil sie eine andere politische oder religiöse Überzeugung vertraten, weil sie sich zur ihrer Homosexualität bekannten oder weil sie in den besetzten Staaten Europas Widerstand gegen den nationalsozialistischen Terror leisteten.
All diese Menschen verbindet das erlittene Unrecht.

Wir Sinti und Roma teilen mit den Juden das furchtbare Schicksal der systematischen Vernichtung im nationalsozialistisch besetzten Europa. Orte wie Auschwitz, Majdanek, Treblinka, wie Dachau, Buchenwald oder Bergen-Belsen stehen auch symbolhaft für den Holocaust an unserer Minderheit, dem europaweit eine halbe Million unserer Menschen zum Opfer fiel.

Der Holocaust an den Sinti und Roma war kein bloßes Anhängsel der Shoah, sondern ein eigenständiger Verbrechenkomplex. In seiner historischen Rede vom 16. März 1997 erklärte der damalige deutsche Bundespräsident Roman Herzog: „Der Völkermord an den Sinti und Roma ist aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns, mit dem gleichen Vorsatz und dem gleichen Willen zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt worden wie der an den Juden. Sie wurden im gesamten

Einflussbereich der Nationalsozialisten systematisch und familienweise vom Kleinkind bis zum Greis ermordet.“

Der Völkermord an den Sinti und Roma war ein Staatsverbrechen, das akribisch geplant und ins Werk gesetzt wurde. Der nationalsozialistische Staat sprach den Angehörigen unserer Minderheit kollektiv und endgültig das Existenzrecht ab, nur weil sie als Sinti oder als Roma geboren worden waren. Bereits die berüchtigten Nürnberger Gesetze wurden auf direkte Anweisung von Reichsinnenminister Frick auf Sinti und Roma genauso angewandt wie auf Juden. In der Folge wurden Angehörige unserer Minderheit systematisch aus allen gesellschaftlichen Bereichen ausgegrenzt. Sie unterlagen Berufsverboten und wurden aus den Schulen ausgeschlossen, ebenso aus der deutschen Armee. Bereits im Dezember 1938 forderte Himmler in einem Erlass „die endgültige Lösung der Zigeunerfrage“. Im Mai 1940 begann die SS mit der Deportation ganzer Familien in das besetzte Polen.

Höhepunkt der Vernichtungspolitik war die Deportation von Sinti und Roma aus dem Deutschen Reich und dem besetzten Europa nach Auschwitz-Birkenau, auf der Grundlage eines Himmler-Befehls vom 16. Dezember 1942. Die Gaskammern von Auschwitz, in denen Tausende unserer Menschen einen qualvollen Tod erleiden mussten, stehen symbolhaft für ein Verbrechen, das in der Geschichte ohne Beispiel ist.

Ebenso erinnern wir heute an die ungezählten Roma und Juden, die im besetzten Ost- und Südosteuropa Opfer systematischer Massenerschießungen wurden. Von den meisten der Ermordeten kennen wir nicht einmal den Namen, von vielen nicht die Gräber, in denen sie verscharrt wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die existenzielle Erfahrung des Holocaust hat sich tief in das kollektive Gedächtnis unserer Minderheit eingegraben und unsere Identität geprägt.

In den meisten europäischen Staaten gibt es dagegen kaum ein Bewusstsein für die historische Dimension der an unserer Minderheit begangenen Verbrechen. Auch in der Bundesrepublik wurde der Völkermord an den Sinti und Roma erst 1982 von dem

damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt politisch und völkerrechtlich anerkannt. Bis heute hat der Genozid an den Sinti und Roma in vielen Staaten Europas keinen Eingang in die nationale Erinnerungskultur gefunden, obwohl unsere Minderheit in diesen Ländern seit Jahrhunderten beheimatet ist.

Die verweigerte Anerkennung und die ausgebliebene historische Aufarbeitung haben spürbare Folgen für unsere Gegenwart. In den gesellschaftlichen Debatten ist von der historischen Verantwortung und Sensibilität, wie sie für die jüdische Minderheit zu Recht eingefordert wird, im Falle der Sinti und Roma nichts zu spüren. Im Gegenteil: Ihre öffentliche Wahrnehmung ist geprägt von Stereotypen und Pauschalurteilen. Dies zeigt etwa die Diskussion über so genannte Armutsmigration, die in Politik und Medien völlig undifferenziert auf dem Rücken unserer Minderheit ausgetragen wird.

Wie keine andere Minderheit in Europa sind Sinti und Roma in ihrem Alltag Diskriminierung, gesellschaftlicher Ausgrenzung und vielfältigen Formen von Rassismus ausgesetzt. Selbst Regierungsparteien betreiben Populismus auf Kosten unserer Minderheit, um politisch Gewinn daraus zu ziehen. Dies trägt mit dazu bei, gegen Sinti und Roma gerichtete rassistische Vorurteilsstrukturen bis weit in die Mitte der Gesellschaft zu tragen und demokratiefeindliche Parteien zu stärken. Eine neue Dimension rassistisch motivierter Gewalt stellen die gezielten Morde an Angehörigen der Roma-Minderheit durch Rechtsextreme dar, wie sie etwa Ungarn vor einigen Jahren erschüttert haben.

Von den nationalen Regierungen und von den europäischen Institutionen – aber auch von den Verantwortlichen in den Medien – müssen wir daher fordern, dass sie dem Rassismus gegen Sinti und Roma mit der gleichen Entschlossenheit entgegentreten wie dem Antisemitismus. Historische Verantwortung ist unteilbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, längst ist die Auseinandersetzung mit den in deutschem Namen begangenen Menschheitsverbrechen zu einem integralen Bestandteil der politischen Kultur und der Identität Europas geworden. Europa ist mehr als eine ökonomische Zweckgemeinschaft. Es gibt nicht nur ein Europa der Banken und Finanzmärkte, sondern auch ein Europa der Bürger, die eine gemeinsame Vision von Demokratie, Freiheit und Verantwortung teilen.

Die Verteidigung dessen, was die europäische Idee im Kern ausmacht – die unbedingte Geltung der Menschenrechte und die Würde eines jeden Einzelnen – ist und bleibt eng mit der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus verknüpft.

In allen europäischen Ländern engagieren sich vor allem junge Menschen für vielfältige Formen des Erinnerns.

Gedenken ist kein leeres Ritual, sondern ein lebendiger Prozess. Es ist ein wesentlicher Beitrag für unsere heutige Zivilgesellschaft in Europa, in der Menschenverachtung und Feigheit keinen Platz mehr haben dürfen.

Im Oktober 2012 hat die deutsche Bundeskanzlerin das nationale Denkmal für die im nationalsozialistisch besetzten Europa ermordeten Sinti und Roma eingeweiht. Ich bin gewiss, dass dieser Erinnerungsort – in unmittelbarer Nachbarschaft zum Sitz des Bundestags – über die deutschen Grenzen hinaus seine symbolische Kraft entfalten wird.

Unser Ziel muss sein, dass Sinti und Roma in allen europäischen Staaten in das nationale Gedächtnis ihrer Heimatländer aufgenommen werden: als integraler Bestandteil der eigenen Geschichte und der eigenen Kultur. Nur so werden wir Ausgrenzung und Rassismus in der Gegenwart überwinden.

Ich danke Ihnen.